

Achtung, Baustelle!



Die wichtigsten Baustellen Lübecks im Überblick:
St. Jürgen: Geniner Straße (Verlegung Gashochdruckleitung), Fahrbahneneingung, Falkenstraße zwischen Travenmännstraße und Attendorferstraße (Verlegung von Entwässerungsleitungen), Sperrung von zwei Fahrspuren, Überleitung auf Gegenfahrbahn.
Kronsforder Allee zwischen Berliner Allee und Krankenhaus (Verlegung Gasleitung), Sperrung Seitenstreifen, teilweise Radwege, einzelne Fahrspuren gesperrt.
St. Lorenz: Am Bahnhof (Herstellung Entwässerungshausanschluss), Fahrbahnverschiebung und -einengung im Kurvenbereich.
St. Gertrud: Roekstraße (Verlegen von Entwässerungsleitungen), Fahrbahn teils verschwenkt.
Ivendorf: Ivendorfer Landstraße (Verlegung von Entwässerungsleitungen), halbseitige Fahrbahnsperrung.

Quelle: Hansestadt Lübeck, Bereich Verkehr

Glückwunsch!

Anni Möller zum 89. Geburtstag
Ilse Dams zum 85. Geburtstag
Gisela Thede zum 80. Geburtstag

Rückblick

Versandhäuser geprellt

Am 21. Januar 1984 stand in den LN: Wenn schon Betrug, dann wenigstens in großem Stil: Nach dieser Devise sind offenbar vier Männer und sechs Frauen aus Lübeck von 14 bis 55 Jahren vorgegangen, denen die Kriminalpolizei jetzt auf die Schliche gekommen ist. Den risikofreudigen Zehn ist es nach ersten Ermittlungen gelungen, in mehreren Monaten zahlreiche Versandhäuser im ganzen Bundesgebiet um Waren im Gesamtwert von einer viertel Million Mark zu prellen. Sie nutzten 54 Alibi-Namen, orderten brieflich. 400 Fälle sind aktenkundig. Mit einem Lastwagen wurden die Sachen jetzt aus drei Wohnungen abgeholt.

Rufen Sie uns an

Die LN-Lokalredaktion erreichen Sie unter folgenden Telefonnummern:
Lars Fetkötter (Lokalchef): 04 51/144-22 25
Helge von Schwartz (stv. Lokalchef): -24 24
Kristina Schröder (Produktion): -24 37
Tobias Witt (Produktion): -24 35
Kai Dordowsky (Politik, Schule): -22 88
Sabine Risch (Gesellschaft): -22 34
Sebastian Prey (Stadtteile, Gericht): -22 50
Torsten Teichmann (Wirtschaft, Hafen): -22 73
Oliver Vogt (Polizei, Kirchen): -22 18
Josephine v. Zastrow (Politik, Tourismus): -22 90
Andreas Oelker (Lokalsport): -24 09
Dagmar Gronau (Sekretariat): -22 25
 Sie erreichen uns per Fax: **04 51 / 144 10 25**
 Adresse: Dr.-Julius-Leber-Straße 9-11
 23 552 Lübeck
 E-Mail: redaktion.luebeck@ln-luebeck.de

Bei Problemen mit der Zustellung erreichen Sie den LN-Leserservice unter **04 51 / 144 18 00**

Gegen Kinderarmut: Fonds zahlt Klassenfahrten und warmes Essen



Ein warmes Essen kostet im Schnitt nur drei Euro. Dennoch melden viele Eltern ihre Kinder von der Schul- und Kita-Speisung ab. Foto: TIM JELONNEK

VON KAI DORDOWSKY

Die Hansestadt und vier Stiftungen legen einen Bildungsfonds über 1,5 Millionen Euro pro Jahr auf. Aus dem Fonds werden Zuschüsse für warmes Essen, Klassenfahrten, Nachmittagsbetreuung, Sprachförderung sowie Arbeitsmaterialien finanziert. „Das ist ein richtiger Kracher“, erklärt Renate Menken von der Possehl-Stiftung. Bedürftige Kinder und Jugendliche aus 108 Kitas und den rund 80 allgemeinbildenden Schulen profitieren davon. Die Hansestadt übernimmt 400 000 Euro. Die Possehl-Stiftung, die Gemeinnützige Sparkassenstiftung, die Michael-Haukohl-Stiftung und die Jürgen-Wessel-Stiftung bringen gemeinsam 1,1 Millionen Euro ein. Drei weitere Stiftungen planen ihre Teilnahme. Der Fonds ist zunächst auf zwei Jahre begrenzt. „Das ist eine in Deutschland bislang einmalige Initiative“, erklärte Bürgermeister Bernd Saxe (SPD).

Lübeck nimmt den Kampf gegen Kinderarmut auf – mit einem prall gefüllten Hilfsfonds: 1,5 Millionen Euro pro Jahr stehen bereit. Stiftungen und die Stadt arbeiten dabei Hand in Hand.

Nirgendwo anders in der Republik würden private Stiftungen und öffentliche Hand eines der drängendsten gesellschaftlichen Probleme gemeinsam anpacken. Saxe versicherte, dass die Zuschüsse nicht auf staatliche Hilfsleistungen der beispielsweise für Hartz-IV-Empfänger angerechnet werden. Wolfgang Pötschke, Vorsitzender der Sparkassenstiftung, nannte die Vorteile dieses Fonds: „Wir können damit im ganzen Stadtgebiet tätig werden, es ist keine Schmalspur-Förderung, und es gibt eine schlanke Verwaltung des Geldes.“ Jan Lindenau (SPD), Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses,

und Erfahrungen aus dem bestehenden Sozialfonds zurück. In der Regel melden Kitas und Schulen die Zahl der bedürftigen Kinder. „Das Verfahren hat sich bewährt“, sagt Stifter Michael Haukohl, „die Leute, die wissen, wo vor Ort die Armut ist, sollen über die Vergabe entscheiden.“ Die Stadtverwaltung, bei der die Fäden zusammenlaufen, verspricht ein unbürokratisches Verfahren. Schulen, Kitas und Trägern von Sprachfördermaßnahmen würden Budgets aus dem Fonds zur Verfügung gestellt. Grundsätzlich können sich Eltern auch direkt an die Verwaltung wenden. „Die Eltern füllen einen Din-A4-Bogen aus, in dem sie kurz ihre wirtschaftlichen Verhältnisse darlegen“, erklärt der zuständige Sachbearbeiter Klaus-Peter Jürgensen. Professor Hans Arnold, der sich für den Ausbau der frühkindlichen Bildung in der Hansestadt stark macht, bezeichnet den Bildungsfonds als „solide Grundlage für gleiche Bildungschancen“. Dass es den Fonds überhaupt gibt, ist dem uner müdlichen Einsatz von Gerd Rischau von der Jürgen-Wessel-Stiftung und dem SPD-Politiker Jan Lindenau zu verdanken.

Hintergrund

Schon jetzt gibt es zahlreiche Projekte gegen Kinderarmut. Das Land hat für Kitas das Programm „Jedem Kind eine Mahlzeit“ aufgelegt. Lübeck unterhält einen Sozialfonds, der mit 163 000 Euro gestartet war. Bereits vor zwei Jahren schufen vier Lübecker Stiftungen einen Bildungs- und Sozialfonds, aus dem arme Kinder unterstützt wurden. Die Gemeinnützige Sparkassenstiftung hat 2008 einen Kindergarten-Fonds mit 200 000 Euro aufgelegt. Der wird in diesem Jahr fortgesetzt – mit erneut 200 000 Euro. Außerdem unterstützen Tafeln die Schulen und Kitas.

Herreninsel: Stadt prüft Lärmschutz

Auf der Herreninsel soll jedes Haus auf den nötigen Lärmschutz überprüft werden. Solange die Überprüfung läuft, dürfen die Bewohner auf der Insel wohnen bleiben. Das beschloss der Bauausschuss auf Antrag der SPD einstimmig. Harald Quirder, baupolitischer Sprecher der SPD, schlug vor, eine entsprechende Klausel in die bestehenden Verträge einzuarbeiten oder den Bewohnern neue, kurzfristige Verträge anzubieten. Hartmut Haase, Vorsitzender der Siedlergemeinschaft Herreninsel, begrüßte den Vorstoß: „Wir wollen hier nicht weg. Wenn Lübeck uns herunterschmeißt, wird es nicht nur sehr teuer für die Stadt. Viele Leute würden zum dritten Mal ihre Heimat verlieren.“ Die Hansestadt steht vor dem Problem, dass bei einem weiteren Ausbau des Hafens und vor allem bei einem Nachtbetrieb an den Umschlagplätzen erheblicher Lärm auf die Herreninsel ausstrahlt. Die Verwaltung hatte deshalb vorgeschlagen, die jetzt auslaufenden Mietverträge nicht zu verlängern. Die Bewohner müssten dann bis Herbst 2010 ihre Häuser für immer verlassen. Die Politiker suchen nach einer Lösung, den Hafenausbau und das Bleiberecht der Bewohner unter einen Hut zu bekommen.

FDP: Stadt verkleckert Steuergelder

Lübecks FDP kritisiert die bisherigen Ergebnisse des Projektes „Städtebau West – Umbau Mitte Buntekuh“. Für die gescheiterten Planungen hätte die Bauverwaltung bislang 96 000 Euro ausgegeben. Das habe Bausenator Franz-Peter Boden (SPD) auf eine Anfrage des Bürgergesellschaftsmitglieds Wolfgang Drozella (FDP) mitgeteilt. Mit dem Geld wurden ein Workshop, kleinere Folgeveranstaltungen, die Honorare für die freiberuflichen Städteplaner und bunte Hochglanzbroschüren bezahlt. „Auch wenn der Löwenanteil des leider nutzlos verplanten Geldes, aus der Bundeskasse kommt, ist es doch Steuergeld“, kritisiert Drozella. „Für das Geld hätte man im Stadtteil – insbesondere für Kinder und Jugendliche – sehr viel wirklich Nützlicheres machen können.“

Lübeck-Konferenz: Ostseeraum will mit einer Stimme sprechen

VON TORSTEN TEICHMANN

Den Willen zur engen Kooperation demonstrierten gestern in Lübeck führende Parlamentsvertreter aus Dänemark, Schweden, Finnland, Polen, dem Baltikum und aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Während ihrer zweitägigen Lübeck-Konferenz steckten die Parlamentarier im Rathaus die gemeinsamen Ziele für die Brüsseler Tagung des Führungsgremiums der Ostseeparlamentarierkonferenz und die Ostseekonferenz im dänischen Nyborg im August ab. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion und wurde 1991 auf Initiative Finnlands gegründet. Ziel ist, „eine gemeinsame Identität der Ostseeregion“ zu schaffen. Man wolle eine „Klammers bilden“ zwischen den EU-Ostseeanrainerstaaten



Landtagsdirektor Dr. Jürgen Schöning ist Gastgeber der Lübecker Konferenz. Foto: TIM JELONNEK

sowie Russland und Norwegen. Beide Länder seien von großer Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung der Ostseeregion, sagte Dr. Jürgen Schöning, Direktor des Schleswig-Holsteinischen

Landtags. Die völlig gleichberechtigte Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in der Ostseeregion bezeichnete Schöning als „einmalig in Europa“. Es sei künftig von großer Bedeutung, dass der Ostseeraum gegenüber der maritimen Politik Europas eine starke Position habe. Angesichts der weltweiten Verbindungen „bringen nationale Alleingänge gar nichts mehr“, hob der Parlamentsdirektor hervor. Der Ostseeraum müsse seine Interessen innerhalb Europas mit einer Stimme vertreten, sagte Schöning. Bei einem Empfang im Audienzsaal unterstrich Bürgermeister Bernd Saxe die große Bedeutung und jahrhundertelange Tradition der Kooperation im Ostseeraum.

Furcht vor steigender Zahl Jugendlicher ohne Schulabschluss

VON TORSTEN TEICHMANN

Die steigende Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss droht zu einem gesellschaftspolitischen Sprengsatz zu werden. Diese Befürchtungen äußerten Pädagogen, Weiterbildungs- und Arbeitsmarktexperten sowie SPD-Politiker während einer Gesprächsrunde in der Lübecker Dekra-Akademie. „Wir brauchen eine verstärkte präventive Arbeitsmarktpolitik, um die Berufschancen benachteiligter junger Menschen zu fördern“, sagte der Lübecker SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch. Die Jugendarbeitslosigkeit sei in Schleswig-Holstein weiterhin viel zu hoch. Baasch: „Fast zehn Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss.“ Für viele von ihnen führe der Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit. Der Politiker unterstrich die große

Bedeutung des Landesförderprogrammes „Schule und Arbeitswelt“, das benachteiligte Jugendliche gezielt unterstütze. An diesem „Handlungskonzept“ beteiligen sich neun Lübecker Schulen mit fast 1000 Schülern: die Berend-Schröder-Schule, die Berufsschulzentren Emil Possehl und Dorothea Schlözer, die Gemeinschaftsschule Moising, die Anna-Siemens-Schule und die Schulen Roter Hahn, Vorwerk, Kücknitz und Grönauer Baum. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium, Franz Thönnes (SPD), warnte davor, dieses bildungspolitische Problem auf die lange Bank zu schieben, wolle man nicht den Wirtschafts- und sozialen Standort Deutschland gefährden. Thönnes verwies auf den großen Fachkräftebedarf in der Zukunft. Bis 2030 steige die Zahl der

über 65-Jährigen um weitere 5,7 Millionen an. Die Wirtschaft müsse „offener sein für junge Menschen, die keine guten Zeugnisse haben“. Der Lehrstellenmarkt verändere sich dramatisch. Ende September 2008 habe es im Bezirk der Arbeitsagentur Lübeck 49 Jugendliche ohne Lehrstelle gegeben, aber 134 unbesetzte Ausbildungsplätze. Schule und Wirtschaft müssten enger zusammenarbeiten, forderten die Teilnehmer der Tagung und forderten die Elternhäuser auf, ihren Kindern „mehr Orientierung zu geben“. Thönnes: „Es geht auch um die Zukunft Lübecks, wenn wir nicht genügend Fachkräfte haben.“ Eine Lehrerin verwies auf die prekäre Personalsituation der Schulen. Sie habe kaum Chancen, sich mit Problemen einzelner Schüler auseinanderzusetzen: „Ich wünsche mir nichts mehr als mehr Zeit.“

Lübecker Nachrichten
 Überparteilich und unabhängig
 Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg
 Geschäftsführer: Thomas Ehlers
 Redaktionsdirektor: Manfred von Thien

Redaktion
 Chefredakteur: Uli Exner
 Stellv. Chefredakteur: Christian Longardt, Uwe Neseemann
 Chef vom Dienst: Andreas Heit
 Leitender Redakteur: Michael Berger

Verantwortliche Redakteure: Timon Ruge (Nord/Wirtschaft); Lars Fetkötter (Lübeck); Michael Berger, Jürgen Feldhoff (Kultur/Zeitschehen); Jürgen Rönnow (Sport); Gisela Groth (Magazin); Wolfgang Maxwitt (Foto).

Korrespondenten: Gerhard Krüger (Wirtschaft); Torsten Teichmann (Wirtschaft/Hafen); Curt Tönnemann (Norddeutschland); Wolfram Hammer (Kiel). **Geschäftsf. Redakteurin:** Martina Janke-Hansen.

Redaktions-Service Gesellschaft (RSG)
 Leitung: Manfred von Thien; **Chefs vom Dienst/Politik:** Dr. Wilfried Schwanholz (Leiter Newsdesk); Jens Burmeister, Dr. Reiner Richter (Technik); Sven Levermann (Magazine); **Seite 3/Weltspiegel:** Marion Hahnfeldt; **Geschäftsführender Redakteur (Service):** Wolfgang Schierenbeck; **Korrespondenten:** Michael Wiltner, Jens Ehlers (Politik); Arnold Petersen, Dr. Reinhard Zweigler (Berlin); Thomas Schwandt (See-Wirtschaft).

Agenturen: AP, dpa, epd, Getty, sid.
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Uli Exner

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Lübecker Nachrichten werden als Zeitung und digital vertrieben und sind im Internet recherchierbar. Alle Rechte vorbehalten.

Verlag
Marketing und Anzeigen: Rüdiger Kruppa. **Marketing und Vertrieb:** Rainer Bremer. **Media-Management:** Wolfgang Schierenbeck. **Technische Leitung:** Peter Demmer. **Druck und Verlag:** Lübecker Nachrichten GmbH. Verlag, Redaktion, Anzeigen und Vertrieb: Herrenholz 10-12, 23556 Lübeck. Telefon-Sammelnummer: Lübeck (04 51) 14 40. **Service-Nummern:** Privat-Anzeigen-Service (04 51) 1 44 11 11. Leser-Service (04 51) 1 44 18 00. **Telefax-Nummern:** Redaktion (04 51) 144-1022. Anzeigen-Service (04 51) 144-1010. Leser-Service (04 51) 144-1829. **Telefax:** 26801. Bankverbindungen: Deutsche Bank Lübeck AG 8802233 (BLZ 23070710), Sparkasse zu Lübeck 1018027 (BLZ 23050101). Bezugspreis durch Zusteller einschließlich Versandkosten und Zustellgebühren 22,10 €; im Postversand 23,07 €. Alle Preise inklusive 7% Mehrwertsteuer. Abbestellungen: Nur schriftlich bis zum 20. eines Monats zum Monatsende an den Verlag. Im Fall höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik oder Aussperrung) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch.
 Wirtschafliche Beteiligte an der Lübecker Nachrichten GmbH: Axel Springer AG, Jürgen Wessel, Verwaltungs-GmbH, Hanseatische Verlags-Beteiligungs AG, Dr. Günter Semmerow.

Internet-Adresse: <http://www.ln-online.de>
E-mail-Adresse: ln@ln-luebeck.de